

NIEDERSCHRIFT  Stadt Karlsruhe	Gremium:	12. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	19. Mai 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

**Punkt 13 der Tagesordnung: Umsetzung der Inklusion an Karlsruher Schulen  
Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Renate Rastätter, des Stadtrats  
Alexander Geiger (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom  
8. April 2015  
Vorlage: 2015/0222**

**Beschluss:**

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung und Bericht im Schulbeirat

**Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 12 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Es ist normal, verschieden zu sein. Diesen Satz hat der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker schon 1993 geprägt. Dieser Satz ist immer noch aktuell, ja, er ist sogar noch aktueller als je zuvor. Denn heute geht es in der gesamten Gesellschaft, aber vor allem auch in unseren Bildungseinrichtungen, um das Thema Umgang mit Vielfalt, mit Heterogenität, Wertschätzung für Unterschiedlichkeit und positives und gleichberechtigtes Miteinander.

Ein Jahr vor 1993 wurden in Baden-Württemberg auf Druck von Eltern mit behinderten Kindern erstmals vier Schulversuche mit integrativen Lösungen – so wurden die damals genannt – eingeführt für vier Jahre. Diese vier Schulversuche an drei Grundschulen und einer Realschule haben gezeigt, dass es sehr erfolgreich möglich ist, wenn behinderte und nicht behinderte Kinder miteinander lernen und individuell gefördert und auch in den Einrichtungen von Sonderpädagogen unterstützt werden. Trotz der großen Erfolge dieser vier Schulversuche mit integrativen Lösungen blieb die Sonderschulpflicht in Baden-Württemberg bestehen. Sie besteht noch bis heute, d. h. in den letzten 20 Jahren haben sehr viele Eltern in Elterninitiativen – hier in Karlsruhe haben wir die Elterninitiative „Eltern für Integration“, heute: „Eltern für Inklusion“ – darum gekämpft und sich engagiert, dass ihre Kinder in einen gemeinsam Unterricht mit nichtbehinderten Kin-

dern, die sie schon vom Kindergarten kannten, mit aufgenommen und individuell dort gefördert werden konnten.

Wir haben Nischen in ganz Baden-Württemberg, die aufgrund dessen entstanden sind. Auch in Karlsruhe gibt es aktuell 16 Schulen, von der Grundschule bis zum Gymnasium, in denen auch Kinder mit Behinderungen integriert sind. Wir fangen auch in Karlsruhe, wenn es jetzt darum geht, Inklusion umzusetzen, nicht bei Adam und Eva an, sondern wir haben bereits begonnen. Aber ich möchte an der Stelle heute, wo es auch um die Umsetzung des Gesetzes geht, ganz herzlich diesen ganzen Generationen von Eltern danken, die diesen zum Teil auch sehr dornenreichen Weg auf sich genommen haben, damit diese ersten Schritte der Inklusion gemacht wurden in Baden-Württemberg, und die dafür gesorgt haben, dass wir hier diese erfolgreichen Modelle haben.

Es sind Eltern, die sind teilweise als notorische Querulanten abgestempelt worden. Es sind Eltern, die unselige Behörden und Ämter abklappern mussten, um solch eine inklusive Beschulung zu erreichen. Jetzt möchte ich ihnen an der Stelle einfach danken, denn die haben tatsächlich erreicht, dass wir jetzt diesen Weg gemeinsam gehen können.

Zum neuen Schuljahr wird das Schulgesetz geändert. Die Sonderschulpflicht wird abgeschafft. Ein qualifiziertes Elternwahlrecht wird eingeführt, d. h., es stellt jetzt sowohl die Landesregierung als auch die Kommunen und hier Karlsruhe als Schulträger vor große Herausforderungen. Ich möchte an der ersten Stelle sagen, bevor wir auf jetzt auf die Details, was gemacht werden muss, eingehen: Ich möchte, dass der Gemeinderat hier in unserer Stadt, dass die Stadtverwaltung, dass wir diesen positiven Gedanken der Inklusion ausstrahlen und nach außen tragen. Denn Inklusion – wie es umgesetzt wird, darüber kann man diskutieren – beginnt in den Köpfen und den Herzen der Menschen. Da muss es stimmen. Dann findet man Wege, wie Inklusion auch gut umgesetzt werden kann.

In unserem Antrag bitten wir darum, dass die Stadtverwaltung zunächst einmal eine Bestandsanalyse macht, welche Anforderungen an die Schulen als Schulträger gestellt werden müssen, um Inklusion umzusetzen. Auf dieser Bestandsanalyse brauchen wir dann eine regionale Schulentwicklung, damit wohnortnahe Inklusion ermöglicht wird. Aus den Antworten entnehme ich, dass dieses gemacht werden soll. Ich hoffe, dass damit, Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister Lenz, schon begonnen wurde. Denn wenn der Rechtsanspruch jetzt kommt, muss bereits die Sache in die Wege geleitet werden. Ich bin gespannt darauf, was wir in der nächsten Schulbeiratssitzung vorgestellt bekommen.

Ich finde es positiv, dass der Behindertenbeirat, dessen Bericht heute schon Thema war, einbezogen wird. Denn gerade auch die Mitglieder des Behindertenbeirats wissen aus ihren eigenen Erlebnissen und Erfahrungen, was notwendig ist an den Schulen. Insofern ist es richtig. Ich begrüße auch sehr, dass das Land schon mit Beginn dieses Jahres die Schulbauförderrichtlinien geändert hat, so dass bei den Schulbauförderrichtlinien auch diese zusätzlichen Räume vorgesehen werden, die wir brauchen, von Kleingruppenräumen bis hin zu Wickelräumen, wenn es z. B. um Kinder mit Spina bifida geht, die jetzt im nächsten Schuljahr integriert werden.

Abschließend möchte ich heute noch einmal sagen, ich freue mich darauf, dass wir das im Schulbeirat diskutieren werden. Aber ich möchte auch noch dazu sagen, wenn wir jetzt diesen Weg gehen, dann ist es eine positive Herausforderung, die wir auch so sehen müssen. Wir müssen schnell genug sein, denn bereits im nächsten Doppelhaushalt müssen die Maßnahmen kostenkontrolliert entwickelt sein, die wir dann umsetzen können. Ein Beispiel ist der Aufzug in Beiertheim, wo ich nach wie vor sehr bedauere, dass es an wenigen Stimmen lag, dass dieser Aufzug 2016 nicht eingebaut werden kann. Die Schule – eine inklusive Profilschule – musste jetzt wieder Kinder mit Behinderungen für das kommende Schuljahr ablehnen. Ich hoffe, dass wir das nächste Mal sagen können, ja, es ist möglich.

Fazit: Stadt Karlsruhe, ich hoffe, dass wir das gut umgesetzt bekommen. Wir werden das weiterhin aktiv unterstützen als Fraktion der Grünen.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Die Kollegin Rastätter hat jetzt in die letzten Jahre zurückgeblickt und diese ganze Historie einmal aufgezeigt. Aber ich meine, es ist vielleicht ein bisschen zu kurz gekommen und ein bisschen auch der Eindruck entstanden, dass wir jetzt wieder bei Null anfangen müssten. Dem möchte ich doch widersprechen, auch für meine Fraktion. Denn im Schulbeirat haben wir uns schon öfter mit dieser Thematik beschäftigt. Es laufen schon viele Vorbereitungen. Ich glaube, wir brauchen uns hier alle nichts vorwerfen, dass wir irgendetwas verschlafen haben oder jetzt mit Hochdruck daran arbeiten müssen.

Es zeigt auch die Antwort der Verwaltung, dass sich verschiedene Gremien gebildet haben, mit den beteiligten Akteuren gesprochen wird. Aber es braucht einfach Zeit, bis das dann alles ausgearbeitet ist. Ich finde es deswegen sehr gut, wie die Verwaltung aufgezeigt hat, dass wir auch gar nicht wissen, wie viele Eltern überhaupt diese neue Möglichkeit ab dem kommenden Schuljahr in Anspruch nehmen. Denn die Eltern haben weiterhin das Wahlrecht. Es ist ihr eigener Wille zu entscheiden, ob sie für ihr behindertes Kind es als besser erachten, auf die allgemeine Schule zu gehen, oder auch weiterhin auf der Sonderschule zu verbleiben und den Sonderschulweg zu gehen. Das müssen wir auch respektieren.

Die Verwaltung hat einmal hochgerechnet: 300 Kinder. Ob es so viele sind, wissen wir nicht. Es können mehr sein, es können weniger sein. Es ist auch die Frage der Art der Behinderung. Das sind dann auch noch einmal andere Gegebenheiten, die wir schaffen müssen. Wir haben bei unseren bestehenden Schulgebäuden auch räumlich das Problem. Es hatte sich jetzt schon in den konkreten Fällen gezeigt, dass wir ein Gesamtkonzept brauchen. Deswegen begrüßen wir als CDU-Fraktion es sehr, dass wir uns im Schulbeirat weiterhin auf dem Laufenden halten, das auch weiterhin begleiten. Wir sind aber, wie gesagt, der Meinung, die Verwaltung tut hier wirklich sehr viel. Wir unterstützen den Weg der Verwaltung, weil es natürlich auch für uns eine wichtige Sache ist.

Ich möchte jetzt aber noch auf etwas eingehen, da ist vorhin schon von meiner Kollegin Karin Wiedemann gesagt worden, als sie zum Jahresbericht des Beirats für Menschen mit Behinderung gesprochen hat. Es wurde mehrfach in Gesprächen gesagt, dass die unterschiedlichen Gruppen der Menschen mit Behinderungen ein Problem haben, dass die Frage der Ansprechpartner, wo können sie sich hinwenden, wohl nicht eindeutig

geklärt ist. Es gibt dadurch Überschneidungen, es gibt Parallelstrukturen, die manchmal die Sache verzögern. Wir meinen, dass in diesem Zusammenhang dann noch einmal ganz klar aufgezeigt werden soll, wo sich die Betroffenen hinwenden können, wer ihr Ansprechpartner ist und wo ihnen dann auch wirklich zügig geholfen wird. Das ist noch ein Anliegen meiner Fraktion. Ansonsten sind wir auf einem guten Weg.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Inklusion – eine schöne und wichtige Aufgabe, aber auch eine komplexe Aufgabe. Fakt ist: Inklusion ist politisch gewollt und beschlossen. Doch für die Umsetzung müssen wir etwas Geduld aufbringen. Unsere Aufgabe ist es, in allen Lebensbereichen Strukturen zu schaffen, die es den Mitgliedern der Gesellschaft ermöglichen, sich barrierefrei darin zu bewegen. Dazu gehören auch die Schulen.

In der inklusiven Pädagogik muss sich nicht das Individuum an ein bestimmtes System anpassen, sondern das System muss umgekehrt die Bedürfnisse aller berücksichtigen, und sich gegebenenfalls anpassen. Auch wir als Schulträger sind ein Teil dieses Systems und müssen unsere Schulen weiterhin inklusiv umgestalten. Wir begrüßen den Antrag der Grünen und freuen uns, dass die Verwaltung anstrebt, möglichst schnelle Antworten zu finden und uns über das Umsetzen der Inklusion an Karlsruher Schulen auf dem Laufenden halten wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie auch an das Projekt Elternlotsen des Vereins Eltern und Freunde für Inklusion erinnern. Dieses Projekt könnte die Umsetzung der Inklusion hier in Karlsruhe erleichtern. Deshalb auch an dieser Stelle meine Frage an Sie - sie muss jetzt nicht beantwortet werden, kann auch im Schulbeirat beantwortet werden -, wann dieses Projekt Elternlotsen starten kann, ob das wirklich eine Unterstützung sein kann. Wir sind der Meinung, dass man es eventuell unterstützen könnte, weil meine Vorrednerin gemeint hat, wir brauchen Ansprechpartnerinnen und –partner. Das könnte eine Gelegenheit sein. Dieses Projekt könnten wir aufgreifen.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Man sieht natürlich, aus welcher Hand dieser Antrag stammt. Ich bin froh, dass wir hier eine Fachfrau im Gemeinderat haben. Inklusion, wie schon gesagt, kann nicht nur der Rechtsanspruch sein, sondern Inklusion muss auch in den Köpfen passieren. Es wurde auch schon gesagt, wir können nicht in jeder Schule, wie jetzt in Beiertheim, einen Fahrstuhl einbauen. Wir müssen auch hier Schwerpunktschulen setzen, weil es finanziell überhaupt nicht tragbar ist.

Um bei den Finanzen zu bleiben: Es wurden von den Grünen Vorschläge gemacht, wie man das komplementär finanzieren kann, nämlich durch Schüler, die in Sonderschulen sind, die dann in die allgemeinen Schulen gehen, und das Land dort aktiv wird. Denn es spart in den Sonderschulen Geld ein. Ich finde den Vorschlag hervorragend, dass man hier Gelder akquiriert, die wir zum Teil natürlich nicht haben.

Ansonsten bin ich dafür, dass wir eine Prioritätenliste im Schulbeirat vorgelegt bekommen. Wir sind mit der Antwort sehr zufrieden.

**Der Vorsitzende:** Ein Bericht im Schulbeirat ist Ihnen zugesagt. Das Thema Lotsen wird im Juli im Jugendhilfeausschuss aufgerufen. Das habe ich gerade zugeflüstert bekommen. Insofern sind wir den Anliegen des Antrags soweit nachgekommen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
9. Juni 2015